

GERD-RÜDIGER HOFFMANN

Strukturwandel in der Lausitz

Was bedeutet das für die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.?

(Überarbeitete Fassung des auf der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. in Potsdam am 11. Mai 2019 gehaltenen Vortrages)

EINFÜHRUNG: DENKBARES UND MACHBARES

In diesem Beitrag kann nicht der gegenwärtige Stand der politischen Aktivitäten und schon gar nicht die Diskussion zum als Strukturwandel bezeichneten Prozess umfänglich dargestellt werden. Wer sich in heute üblicher Weise mit den Stichworten „Strukturwandel Lausitz Projekte“ informieren möchte, hat nach 0,26 Sekunden bei der wohl mächtigsten Meinungslenkungsmaschine über 122.000 Fundstellen zur Auswahl. Immerhin sind darunter 8.400 Treffer, die auch Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung enthalten. Aber Unübersichtlichkeit und Unvollständigkeit bleiben. Klarheit, worum es eigentlich geht, ist in 0,26 Sekunden nicht zu erreichen.

Deutlich wird jedoch, dass es sehr viele Studien gibt, dass Regierungen und Parteien, Wirtschaftsinstitute, Lobbyverbände der Wirtschaft, Umweltinitiativen und Medien unterschiedliche Meinungen verkünden, andererseits auch gemeinsame Positionen politischer Konkurrenten zur Schau gestellt werden. Ministerpräsident Dietmar Woidke betonte zum Beispiel kurz vor dem gemeinsamen Besuch der Ministerpräsidenten der drei ostdeutschen „Kohleländer“ in Brüssel am vergangenen Montag: „Da passt kein Blatt Papier dazwischen. Nicht mal ein Parteibuch.“ Auch Repräsentanten der brandenburgischen linken Landtagsfraktion erklärten, dass sie sich für die Umsetzung des im Konsens erarbeiteten Maßnahmenkatalogs der „Kohlekommission“ einsetzen werden. Übersehen wird oft, dass Hannelore Wodtke aus Welzow, Mitglied der Kommission, dagegen stimmte und ihren Schritt auch nachvollziehbar begründete. Aber immerhin steht jetzt im Landtagswahlprogramm, dass die LINKE sich für den Erhalt von Proschim/Prožym einsetzen werde. Auch die CDU Brandenburg verlangt inzwischen eine klare Entscheidung gegen die Abaggerung von Proschim/Prožym. Die SPD läuft also Gefahr, neben der AfD die einzige Partei zu sein, die den Tagebau Welzow-Süd II weiterführen und damit das sorbische Dorf opfern will.

Deutlich wird weiterhin der Gegensatz zwischen den in Wissenschaft und interdisziplinären Studien erarbeiteten Erkenntnissen einerseits und den tatsächlichen oder vermeintlichen Möglichkeiten politischer Verantwortungsträger auf der anderen Seite. Doch dieser Konflikt wird politisch kaum thematisiert, sogar Lügen wird nicht immer öffentlich widersprochen. Der Ministerpräsident Brandenburgs warnt zum Beispiel davor, sich klar zum Erhalt von Proschim/Prožym zu bekennen, weil sich dann Entschädigungsansprüche des Konzerns LEAG ableiten ließen. Das ist jedoch falsch. Die Regierung aus SPD und Linken hat zwar 2014 einen Braunkohleplan beschlossen, der die Abaggerung von Proschim/Prožym vorsieht. Die LEAG hat allerdings bis heute keinen bergrechtlichen Genehmigungsantrag gestellt, so dass Entschädigungsansprüche gar nicht möglich sind. Aussagen im Wahlprogramm und von linken Abgeordneten sind die eine Seite, das einheitliche Handeln der rot-roten Regierung scheint davon nicht berührt zu sein. Und so entsteht der Eindruck, dass Linke in Regierungsverantwortung nicht erst am Ende einer Debatte über Kompromisse reden, sondern bereits zu Beginn des notwendigen Streitens über die Frage „Was kommt

nach der Kohle?“ mit dem Koalitionspartner, der Gewerkschaft, Wirtschaftsverbänden oder Kommunalvertretern den Kompromiss als Ausgangspunkt ins Spiel bringen. Vielleicht werden deshalb Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Kohleausstieg und Strukturwandel, die über das gerade jetzt mal Machbare bzw. Gewollte hinausgehen, nicht selten als Störung empfunden. Auch die institutionalisierte regierende Linke hat es versäumt, zivilgesellschaftliche Initiativen, alternative Ideen in der eigenen Partei sowie die Wünsche der durch drohende Abbaggerung Betroffenen angemessen zu würdigen und in politisches linkes Handeln umzusetzen. Bis auf wenige Ausnahmen war auch nicht die Bereitschaft zu erkennen, in Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitzudiskutieren, obwohl diese Veranstaltungen durchaus auf Interesse bei der Bevölkerung im betroffenen Revier stoßen. Zum Beispiel kamen am Reformationstag in dem kleinen Dorf Proschim/Prožym über einhundert Personen zu einer Diskussionsrunde über Strukturwandel in der Lausitz. Wirkungslos ist das wohl doch nicht. Die linke Landtagsfraktion bekannte sich als Ergebnis ihrer Klausur im Februar 2019 dazu, eine schnelle und klare Entscheidung gegen die Abbaggerung von Proschim/Prožym zu fordern. Das ist gut so. Hier steht DIE LINKE im Widerstreit zur brandenburgischen SPD und ihrem Ministerpräsidenten. Dieser Gegensatz muss jedoch konzeptionell weiter ausgearbeitet werden, wenn es nicht bloß um Schlagabtausch oder Kompromiss gehen soll, sondern um fundierte programmatische Konzepte mit einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch.

SCHLAGWORTE UND WESEN DES STRUKTURWANDELS IN DER LAUSITZ

Betrachten wir die **Schlagworte der aufgeregten Diskussion zum Strukturwandel in der Lausitz**, so tauchen vor allem drei Motive bzw. Probleme in den von den Medien befeuerten Kontroversen auf:

Erstens, Strukturwandel wird weitgehend auf Kohleausstieg und die damit verbundene Sorge um den Verlust von gut bezahlten Industriearbeitsplätzen reduziert,

zweitens, die mögliche Unzufriedenheit der Berg- und Energiearbeiter und ihrer Gewerkschaft, die besonders in einem Jahr mit Landtagswahlen zur Gefahr für die SPD werden könnte,

drittens, die Angst der demokratischen Parteien vor dem Erstarken der politischen Rechten in Gestalt der AfD.

Doch worum geht es darüber hinaus, wenn von Strukturwandel die Rede ist? Daniel Häfner, der in Cottbus ehrenamtlich für das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung verantwortlich ist, hat in einer **Kurzstudie über die Transformation der Lausitz „nach der Kohle“** mehrere Aspekte kritisch beleuchtet, die diese Debatte kennzeichnen. Drei Aspekte will ich hervorheben und kurz auf der Grundlage meiner Erfahrungen nach mehreren Veranstaltungen kommentieren.

Erstens geht es um die **Überbetonung der Braunkohlewirtschaft** für die Region.

Nehmen wir die Diskussion über die Arbeitsplätze. Wenn behauptet wird, dass nach dem „Ende der Kohle“ 8.000 direkte Arbeitsplätze verloren gingen, dann ist das naiv, Unkenntnis oder Lüge. Selbst das Bergbauunternehmen LEAG sagt, dass es neue Geschäftsmodelle für die Zeit „nach der Kohle“ vorbereite und dafür doch weiterhin einen erheblichen Teil der Mitarbeiter benötige. Bei der Zahl 8.000 sind übrigens die Angestellten des Bergbausaniervers LMBV mitgerechnet, die überhaupt nicht gefährdet sind – im Gegenteil. Weiterhin ist festzustellen, dass der größte Teil der LEAG-Beschäftigten in den nächsten 10 bis 20 Jahren ohnehin in Rente geht. Schwerer wiegt, dass die Folgearbeitsplätze der Braunkohlenwirtschaft ebenfalls betroffen sind. Wir haben allerdings schon heute das Problem, dass es hier ein Lohngefälle im Vergleich zu den LEAG-

Mitarbeitern gibt. Die IG-Metall weist darauf zu Recht immer wieder hin. Betrachten wir die Bruttowertschöpfung der Kohle- und Energiewirtschaft im Revier zeigt sich ebenfalls ein anderes Bild als von SPD, „Lausitzer Rundschau“, IGBCE oder „Pro Lausitzer Braunkohle“ propagiert. In meinem Landkreis, also im ehemaligen Zentrum der Braunkohleindustrie rund um Senftenberg, liegt der Anteil an der Bruttowertschöpfung heute bei etwa 5,6 Prozent. Im Nachbarkreis Spree-Neiße ist es allerdings etwa das Achtfache. Das wurde erst kürzlich auf einer von Axel Troost initiierten Veranstaltung in Weisswasser bekanntgegeben, der übrigens im Auftrag der Luxemburgstiftung an einer Studie zum Thema Strukturwandel in der Lausitz arbeitet.

Das eigentliche Problem, nämlich der Fachkräftemangel im Revier, wird weitgehend ausgeblendet, damit auch die Frage, ob nicht bei den LEAG-Mitarbeitern das Potential für zukünftige Arbeitsplätze im Zuge des Strukturwandels liegen könnte. Ein Blick auf die Ausbildungsangebote des Bergbauunternehmens lässt vermuten, dass diese Frage durchaus positiv beantwortet werden kann. Allerdings, wenn es Fälle gibt, wo ein Lehrling bei der LEAG mehr Geld verdient als eine Staatlich geprüfte Heilerziehungspflegerin, und ein Kindergartenerzieher nicht einmal die Hälfte des Lohnes eines Facharbeiters im Bergbau bekommt, dann ergeben sich Regulierungsaufgaben für die Politik in Bund und Land. Es kann natürlich nicht darum gehen, bei der LEAG die Löhne zu senken, andersrum wird es etwas mit einem erfolgreichen Strukturwandel in der Lausitz wie im ganzen Land.

Zweitens hebt Daniel Häfner den Aspekt hervor, dass es sehr **unterschiedliche Vorstellungen über konkrete Maßnahmen** gäbe, die eingeleitet werden sollten.

Noch im Oktober 2018 lautete eine Schlagzeile „Woidke und Kretschmer kämpfen um die Kohle“. Einen Tag vor der Konstituierung der „Kohlekommission“, die ja eigentlich „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ heißt, also Ende Juni 2018, hieß es in einer Pressemitteilung der brandenburgischen Staatskanzlei „Erst Strukturentwicklung, dann Kohleausstieg“. Die Politik dürfe nicht nur an den Klimaschutz, sondern müsse auch an die Menschen und ihre Perspektiven denken, so Woidke in rbb24 im Oktober 2018. Ein Kohleausstieg vor 2040, so Woidke, würde der politischen Rechten in die Hände spielen.

Der Ton ist inzwischen moderater geworden, aber die seltsame Unlogik, in der Klimaschutz, Strukturwandel und die Menschen in der Lausitz als Gegensätze erscheinen, ist geblieben. Und seitdem die Ergebnisse der Arbeit der „Kohlekommission“ vorliegen, vor allem der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog, ist das Rennen auf die zu erwartenden Fördermittel eröffnet. Proaktivem Handeln in einem demokratisch und rational planbaren Strukturwandelprozess wird dieses Sammelsurium von in eine Konsenssoße gekippten Ideen kaum dienlich sein.

Für Südbrandenburg sind insgesamt 67 Maßnahmen genannt, 22 als Sofortmaßnahmen vorgeschlagen. So stehen dort nebeneinander zum Beispiel die „Ansiedlung einer ggf. auch länderübergreifenden, europäischen Zellenproduktion für die nächste Batteriegeneration“, der „Neubau einer BMX-/Trampolinhalle“ in Cottbus, auch ein Aussichtsturm in der Lieberoser Heide ist Bestandteil eines Projektes, „Projekte Bereich Sorben/Wenden“, „Schiffbare Seenverbindungen“, „Industriestandorte im Lausitzer Seenland – Weiterentwicklung“, „Kulturplan Lausitz“ usw. usw.

Dann kommt noch dazu, dass Behörden und ein ganzes Ministerium in die Lausitz verlegt werden sollen. Die Regierungen der drei ostdeutschen „Braunkohleländer“ sind sich hier einig. Jedenfalls sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer nach einem Gespräch der Ministerpräsidenten: „Wir sprechen dabei sowohl über Verwaltungsstellen als auch die Bundeswehr. Ein oder zwei Bataillone wären die wirtschaftliche Lösung für eine Stadt wie Weißwasser oder Spremberg.“ Er

sprach sich auch für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen durch den Bund aus. Im Fall des Kohleausstiegs fordert er jährlich 1,5 Milliarden Euro Hilfen für einen Zeitraum von 40 Jahren (vgl.: dpa 25.1.2019).

Ich sage, das kann nicht gut gehen. Der Ruf nach entschlossenem und schnellem Handeln wird die Exekutive stärken, Parlamente und kommunale Gremien dagegen wegen ihrer Langsamkeit diskreditieren. Der Wettbewerb unterschiedlicher Interessen um Fördermittel unter der Überschrift Strukturwandel könnte der Demokratie insgesamt schaden, weil lokale Partikularinteressen sich immer noch am besten von rechten Demagogen instrumentalisieren lassen und weil die garantiert lauter werdende Rede von den Sachzwängen und den „nur gemeinsam zu bewältigenden Herausforderungen“ den Mut zur Alternative noch mehr lähmen werden. Außerdem ist ein Programm zum Strukturwandel, das nicht das gesamte Land Brandenburg, also auch die Uckermark und die Prignitz, sowie internationale Aspekte im Blick hat, wahrscheinlich von vornherein als provinzielles Unterfangen zum Scheitern verurteilt.

Drittens geht es um **Kontroversen über den Sinn eines Strukturwandels, um Emotionen und Wertvorstellungen**.

Daniel Häfner nennt das „unterschiedliche Narrative zu Strukturwandel und Transformation, die aber öffentlich kaum diskutiert werden“. Eine der wichtigsten Konfliktlinien zeichnet sich m.E. ab, wenn über **Wirtschaftswachstum, Industriearbeitsplätze in gleicher Anzahl wie früher in der Kohle und Sonderwirtschaftszone Lausitz** gesprochen wird. Hier sind nach meiner Auffassung marxistische Analyse und linke Politik gefragt. Die alternative Wirtschaftszeitung „OXI“ ist in diesem Zusammenhang erhellend. Denn es liegt auch in unserer Verantwortung als linke Bildungsinstitution mit theoretischem Anspruch die aktuelle Situation und die Aufgaben bei der Bewältigung von Umbrüchen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen, also das gegenwärtige Wirtschaftssystem infrage zu stellen, nicht am Ersatz für wirtschaftliche Auslaufmodelle in der gleichen Logik wie bisher zu arbeiten, was jedoch einen „sozialistischen Kompromiss“ (Tom Strohschneider) nicht ausschließen muss.

DREI KONFLIKTLINIEN IN DER DEBATTE UM STRUKTURWANDEL UND TRANSFORMATION

Dazu einige wenige Bemerkungen zu den drei genannten Konfliktlinien:

Erstens: Zum allgemein in Bildung und Politik anerkannten wirtschaftspolitischen Ziel der gegenwärtigen kapitalistischen Marktwirtschaft gehört neben der Preisstabilität, hoher Beschäftigungsquote, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei Export und Import vor allem stetiges und angemessenes **Wirtschaftswachstum**. Dafür gibt es sogar mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom 8. Juni 1967 eine gesetzliche Grundlage. Wenn auch zum Beispiel die Bundeszentrale für politische Bildung auf ihrer Webseite auf die heute notwendige erweiterte Interpretation, nämlich unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Ökologie, hinweist, so wird weitgehend noch immer von einem kausalen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsquote ausgegangen. Parteien von SPD bis FDP und Gewerkschaften halten an dieser Wachstumsgläubigkeit fest. Als Kurt Biedenkopf 1986 in einem Spiegel-Interview diesen direkten Zusammenhang bezweifelte und diese Ansicht in seinen Vorlesungen Ende der 1980er Jahre an der Karl-Marx-Universität bekräftigte, galt er als Häretiker. Auch heute noch werden Nachhaltigkeit und Ökologie als etwas der eigentlichen Wirtschaftspolitik Nachgeordnetes behandelt. Diese Haltung entspringt einem Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis, das noch immer auf Naturbe-

herrschaft aus ist, wenn auch viel stärker als im 19. und 20. Jahrhundert auf der Grundlage eines hochgradig arbeitsteilig organisierten Prozesses. Technische Lösungen im Bunde mit einer „Verrechtlichung“ wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die eigentlich politisch auszufeuchten wären, ermöglichen eine Sozialtechnologie, welche die „Aufhebung des gesellschaftlichen Unrechts“ (Max Horkheimer) weitgehend ausblendet. Bereits Marx hat Grundlagen einer Kritik an dieser Denkweise gelegt. Exemplarisch u.a. nachzulesen in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844 sowie im relativ kurzen Landwirtschaftskapitel des 1. Bandes des Kapital. Dort heißt es, die Tragik des Kapitalismus mit seiner nicht zu bremsenden Dynamik in der Produktion bestünde darin, „indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“. Ein Indiz für eine Vernachlässigung dieses kritischen Ansatzes in aktuellen linken programmatischen Dokumenten ist m.E., wenn das „Kulturkapitel“ als Anhang zum Eigentlichen erscheint, wenn eine organische Verknüpfung von Wirtschaft, Kultur und Anthropologie nicht gelingt. Die daraus auf Wachstum gegründete Rationalität konnte dazu beitragen, zum Beispiel die geplante Vernichtung des sorbischen Dorfes Proschim/Prožym aus wirtschaftlichen und rechtlichen Sachzwängen heraus über lange Zeit stillschweigend zu akzeptieren.

Zweitens: Die Vorstellung, dass nach dem Wegfall der Arbeitsplätze „in der Kohle“ der absolute Schwerpunkt beim Strukturwandel darauf liegen müsse, *in gleicher Zahl Industriearbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen* zu schaffen, ist ohne Grundkenntnisse in kritischer Theorie schwer zu widerlegen. Mehr noch, besonders in Zeiten angespannter Wahlkämpfe dürfte eine Kritik an dieser Forderung, außer bei einigen Anhängern der Grünen und der Linkspartei, kaum Beifall finden. Denn erst einmal ist nichts dagegen zu sagen, dass beim Wegfall von Arbeitsplätzen in einer Region daran gearbeitet werden muss, Rahmenbedingungen für neue zu schaffen, möglichst auf gleichem Lohnniveau für die Beschäftigten wie vorher. Am konsequentesten drückt das die zur „Lausitzformel“ avancierte Aussage „ein Gigawatt für ein Gigawatt“ der Industrie- und Handelskammer Cottbus aus. Bedeuten soll das, für jedes Gigawatt Kraftwerksleistung, das wegen bundespolitischer Entscheidungen in der Lausitz abgeschaltet wird, muss rechtlich verbindlich eine industrielle Aufbauleistung im gleichen Wert in der Region erfolgen. In der Praxis würde das jedoch vor allem bedeuten, Tür und Tor zu öffnen, um große Konzerne überproportional zu fördern. Der brandenburgische Ministerpräsident bewegt sich auf dieser Linie und fordert deshalb im Namen seiner Landesregierung sowie der von Sachsen und Sachsen-Anhalt, dass die Europäische Union die bisher bei 10 Prozent festgelegte Höchstförderung für große Unternehmen im Rahmen des Regionalbeihilferechts anhebe, weil Konzerne sonst keine echten Anreize für die Ansiedlung von Industriearbeitsplätzen erkennen könnten. Damit werden dezentrale Ansätze und Alternativen zum bisherigen Wirtschaftsmodell kaum eine Option, an der zu arbeiten sich lohnte.

Drittens: Als effektive, ja unbürokratische, Lösung für viele Probleme beim Strukturwandel gilt die Einrichtung einer *Sonderwirtschaftszone Lausitz*. Besonders hier ist nach meiner Auffassung Kritik aus linker Perspektive gefragt. Das Problem ist, dass der Ruf nach Abbau bürokratischer und rechtlicher Hürden in der Ansiedlungspolitik aus teilweise guten Gründen recht publikumswirksam daherkommen können. Dass es dann auch um späterhin schwer zu korrigierende Ausnahmetatbestände in verschiedenen Rechtsbereichen gehen kann, wird unter dem Druck, schnell und effektiv handeln zu wollen, kaum beachtet bzw. bewusst ignoriert. Eine Sonderwirtschaftszone, in der durch die freie Entfaltung der Selbstregulierungskräfte des Marktes der Strukturwandel vorangetrieben werden soll, übersieht wesentliche Momente. In 15 Thesen für einen Strukturwandelprozess in der Lausitz von Kathrin Kagelmann, Antonia Mertsching und Mirko Schultze von der linken Landtagsfraktion in Sachsen heißt es dazu:

„Unabhängig von übergeordneten rechtlichen Hürden laden solche Sonderzonen immer zuerst Unternehmen mit kurzfristigen Renditeerwartungen bzw. kritischen Produktionszielen und/oder -bedingungen ein, die gerade nicht an einer regionalen sozial-ökologischen Wirtschaftsentwicklung interessiert sind. Dagegen haben Vorgaben beispielsweise im Denkmal- oder Umweltschutz die Lausitz zu einer kulturhistorisch und naturtouristisch wertvollen Region wachsen lassen, die gerade jetzt nicht ihre Vorteile preisgeben darf, wo sie individuell sichtbar und regionalwirtschaftlich spürbar werden. Im Gegenteil: Erst starke umweltpolitische Regulierungen veranlassen Unternehmen zu Innovationen, Qualitätsverbesserungen und Effizienzsteigerungen und verschaffen ihnen so Wettbewerbsvorteile. Der Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung von internen Verwaltungsverfahren stellen eine politische aber auch staatliche Herausforderung dar. Insofern eröffnen Experimentierklauseln insbesondere im Verwaltungsrecht Chancen, angepasste Einzelösungen rascher durch kommunal erweiterte Entscheidungskompetenzen auszuprobieren. Wir brauchen eine kritische Reflektion von Verwaltungsabläufen und lebensnahe Entscheidungen – angefangen beim Bauantrag bis hin zum Werbeaufsteller. Allgemein aber gilt: Strukturwandel kann und darf übergeordnetes Recht nicht beugen. Gerade Sozial-, Umwelt- oder Beteiligungsstandards sind regional nicht verhandelbar!“

Dem ist zuzustimmen. Und selbst dann, wenn diese Thesen für einige „zu wenig konkret“ sein sollten, eine gute Grundlage für einen Perspektivenwechsel im Herangehen an die Fragen des Strukturwandels „nach der Kohle“ bieten sie allemal. Diesem Ansatz folgen im Großen und Ganzen auch die Diskussionsrunden, die auf Initiative des Ortsvorsitzenden der LINKEN in Senftenberg Eckhart Stein mit Vertreterinnen und Vertretern der Lausitzer Parteibasis aus Brandenburg und Sachsen regelmäßig stattfinden.

DIE WIRKUNG VON ZWEI SCHEINBAR UNVEREINBAREN NARRATIVEN IN DER LAUSITZ

Es geht aber auch um längerfristig gültige emotionale Grundströmungen. Im Revier um Senftenberg, wo der aktive Bergbau bereits 1999 endgültig beendet wurde, wirkt zum Beispiel die alte Losung „Ich bin Bergmann, wer ist mehr“ noch immer, und nicht bloß bei ehemaligen Bergleuten. Wer dieses Narrativ nicht beachtet (nicht bloß in der Wahlpropaganda, sondern im Grundverständnis dieser Region), hat es schwer. Das nahezu inflationär gebrauchte Wort von der Missachtung der Lebensleistung der Arbeiter im Osten erfährt hier eine besondere Sprengkraft, wenn sich diese Berufsgruppe subjektiv als Auslaufmodell abgewertet an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlt. Eine Studie unter Leitung von Prof. Klaus Dörre von der Universität Jena in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die noch in Arbeit ist, trägt den Titel „Gesellschaftsbilder, Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten im Braunkohlebergbau der Lausitz“. Wir werden die Ergebnisse in der brandenburgischen Lausitz öffentlich präsentieren. Dann wird sich zeigen, ob dieses Narrativ produktiv zur Geltung gebracht werden kann oder doch bloß den notwendigen Transformationsprozess behindert.

Ein anderes Narrativ, nämlich das Bekenntnis zur sorbischen/wendischen Kultur, entfaltet bereits im Zusammenhang mit dem Thema Strukturwandel in der Lausitz eine erstaunlich produktive in die Zukunft weisende Wirkung. Hier haben sicherlich auch Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu diesem positiven Trend beigetragen. Auch der entsprechende Abschnitt im Landtagswahlprogramm der Linkspartei ist nach meiner Auffassung einer der stärksten, weil auf der Grundlage langjähriger konzeptioneller Arbeit entstanden und deshalb weitgehend frei von taktisch tagesaktuellen Überlegungen formuliert.

Nebenbei: Es zeigt sich an diesem Beispiel, dass kontinuierliche inhaltliche Arbeit an einem Thema und Streit zum Zwecke gemeinsamen Handelns sich auszahlt, vielleicht sogar wirkungsvoller selbst in Wahlkämpfen ist als das ständige hektische Arbeiten an „bunten Plakaten“, an der Verbesserung des „Botschaftsmanagements“ und der „Performance“.

EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Es geht also um das Stellen der richtigen Fragen, oft um Perspektivenwechsel und um konzeptionelle Probleme des Herangehens als Grundlage für die Erarbeitung der richtigen Strategie.

Genau hier sind die **Aufgaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung** zu verorten.

- *Studien* über die Transformation der Lausitz „nach der Kohle“ sind weiterhin wichtig, wobei *Handreichungen* für in der Partei sowie in kommunalen Gremien oder in Initiativen engagierte Linke durchaus einen höheren Stellenwert bekommen sollten.
- Weiterhin geht es, vor allem auf Landesebene, um *politische Bildung, Aufklärung* und – ja – auch um *Politikberatung*. Hier hat, das muss gesagt werden, die Rosa-Luxemburg-Stiftung bisher weitgehend versagt. Denn konzeptionelle Arbeit der parteinahen Stiftung und parlamentarische Aktivitäten der Fraktion stehen bisher noch zu oft nebeneinander, sind kaum organisch miteinander verbunden.
- Es geht um *Inhalte, die erst erarbeitet werden müssen*, um *Methoden des Herangehens* an neue Fragen und nicht um alleinige Bestätigung des eingeschlagenen Kurses. Das ist schwierig, aber nur so können Theorie und linke Politik in der Tradition von Marx und Luxemburg, Bloch und Gramsci in ein produktives Spannungsverhältnis gesetzt werden, wo es kritisch *und* solidarisch zugleich zugeht.

Man kann auch sagen, wir haben am „utopischen Lächeln“ zu arbeiten, an der konkreten Utopie, auch wenn die Chancen auf Erfolg im Falle „Strukturwandel in der Lausitz“ gar nicht gut sind.

VERWENDETE MATERIALIEN UND TEXTE SOWIE LESETIPPS

Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung:

Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (2019). Abschlussbericht. Beschluss vom 26.01.2019 (https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile)

Alternativen zur Praxis und Theorie kapitalistischer Wirtschaft:

OXI. Wirtschaft anders denken. Monatszeitung. Berlin (www.oxiblog.de)

Tom Strohschneider (2016). What's Left? Europas Linke, der Rechtsruck und ein sozialistischer Kompromiss. Eine Flugschrift in Kooperation mit neues deutschland. VSA Verlag, Hamburg

Memorandum 2019. Alternativen der Wirtschaftspolitik (Kurzfassung unter: <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656249.memorandum-19.html>)

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin (kostenfrei zu beziehen)

Karl Marx (1872; 1987). Das Kapital. Erster Band. In: MEGA II. Band 6. Dietz Verlag, Berlin. S. 477 („Große Industrie und Agrikultur“)

Erinnerung an ein zorniges Buch gegen die menschenverachtende Wirtschaft des Kapitalismus:

Viviane Forrester (1997). Der Terror der Ökonomie. Paul Zsolnay Verlag, Wien

Kritik der aktuellen Kohle-, Klima- und Strukturpolitik (besonders in Brandenburg):

Lausitzer Kohlerundbrief / Brunicyowy Rozględ. Grüne Liga – Umweltgruppe Cottbus / Zielena liga – wobswětowa kupka Chósebz (www.kein-tagebau.de)

Klimareporter. Ein vom gemeinnützigen Verein Klimawissen herausgegebenes Online-Magazin (<https://www.klimareporter.de>)

Wolf Schluchter, Hrsg. (2010). Die Krise als Chance. Perspektiven für eine zukunftsfähige Region. Humanökologisches Zentrum, Brandenburgische Technische Universität Cottbus. Dbv, Oldenburg

Linksfraktion im Deutschen Bundestag (2012ff.). Plan B – Das rote Projekt für einen sozialökologischen Umbau (www.plan-b-mitmachen.de)

René Schuster (2012). Braunkohlerepublik Brandenburg? Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Standpunkte 04/2012

Gerd-Rüdiger Hoffmann (2011). Was haben Sorben/Wenden mit dem Strukturwandel der Lausitz zu tun? Rede auf der vom Landtagsabgeordneten Jens Lipsdorf (FDP) initiierten Konferenz „Zukunft der Lausitz“ am 20. Oktober 2011 in Forst (<https://www.gerd-ruediger-hoffmann.de/texte/>)

Hannelore Wodtke (2019). Statement zum Kommissionsergebnis. In: Lausitzer Kohlerundbrief / Brunicyowy Rozględ vom 29. Januar 2019 (https://www.kein-tagebau.de/index.php/de/?option=com_content&view=article&id=399:rundbrief-vom-29-januar-2019&catid=9:lausitzer-kohle-rundbrief)

Positionen und Studien zum Strukturwandel in der Lausitz:

Kathrin Kagelmann, Antonia Mertsching, Mirko Schultze (2018). Erneuerbar ist nicht genug. 15 Thesen für einen Strukturwandelprozess in der Lausitz. (www.linksfraktion-sachsen.de)

Matthias Loehr u.a. (2019). Für eine liebenswerte Lausitz. Vorschläge und Ideen für den Strukturwandel. DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg. 16. Januar 2019. (https://www.linksfraktion-brandenburg.de/fileadmin/dateien/download/publikationen/sonderformate/20190116_Lausitzpapier_LINKE.pdf)

Hans Gerd Prodoehl (2018). Zehn Thesen zum Strukturwandel in der Lausitz. Erstellt im Auftrag von Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE

Agora Energiewende (2017). Eine Zukunft für die Lausitz. Elemente eines Strukturwandelkonzepts für das Lausitzer Braunkohlerevier (https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Strukturwandel_Lausitz/Agora_Impulse_Strukturwandel-Lausitz_WEB.pdf.)

Daniel Häfner; Lutz Laschewski, Hrsg. (2016). Regionale Indikatoren guten Lebens, Sozialwissenschaftliche Umweltfragen: Berichte & Arbeitspapiere / Reports & Working Papers #8 (<https://opus4.kobv.de/opus4-btu/frontdoor/index/index/docId/4042>.)

Daniel Häfner (2019). Die Sorben/Wenden und der Strukturwandel der Lausitz. (erscheint demnächst in: Lětopis)

Ifo-Institut (2013). Industrie-und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Studie im Auftrag der Wirtschaftsinitiative Lausitz ([http://www.wil-ev.de/index.php/downloads.html?file=tl_files/Downloads/ifo-Studie/ifo-Studie%20Lausitz%20Langfassung%20\(149%20Seiten\).pdf](http://www.wil-ev.de/index.php/downloads.html?file=tl_files/Downloads/ifo-Studie/ifo-Studie%20Lausitz%20Langfassung%20(149%20Seiten).pdf))

Lausitzer Perspektiven (2018). Für eine gute Zukunft in der Lausitz, Argumentationspapier 08/18 (http://lausitzer-perspektiven.de/content/1-de/2-aktuelles/2-blog/20180830-fonds-zivilgesellschaft-lausitz/lausitzer-perspektiven_fonds_zivilgesellschaft_lausitz_30082018_public_v00.pdf)

Jeffrey Michel (2017). Strukturwandel in den Braunkohleregionen: Einbruch oder Transformation? (PowerpointPräsentation, Leipzig, 1. September 2017, unveröffentlicht, Kontakt: jeffrey.michel@gmx.net)

Umweltgruppe Cottbus (2016). Lausitzer Strukturen im Wandel –Mythen, Orte und Akteure, Hintergrundpapier, Juni 2016 (http://www.kein-tagebau.de/images/_dokumente/160617_hintergrund_strukturwandel.pdf)

Dossiers, Veranstaltungen und Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

<https://www.rosalux.de/dossiers/klimagerechtigkeit/>

<http://brandenburg.rosalux.de/>

www.gerd-ruediger-hoffmann.de

Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
Postfach 100 134
01957 Senftenberg / Zły Komorow
E-Mail: senftenberg@bbg-rls.de